

LITERATURBERICHTE

Bonns »neue Ostpolitik« und der SPD-SED-Dialog in der Sicht damaliger DDR-Partner

Von Gerhard Wettig

Karl SEIDEL, *Berlin-Bonner Balance*, Berlin 2002, 440 S.

Erich HAHN, *SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989*, Berlin 2002, 280 S.

Rolf REISSIG, *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*. Mit einem Nachwort von Erhard Eppler, Frankfurt/M.–New York 2002, 449 S.

Der Bau der Berliner Mauer veränderte die Lage in Deutschland grundlegend. Die bisherige Hoffnung schwand, die UdSSR werde die DDR auf Dauer nicht halten können und sich daher bereit finden, die nationale Einheit in Freiheit zuzulassen. Die Ostdeutschen konnten sich nun der ihnen auferlegten kommunistischen Herrschaft nicht länger durch die Flucht entziehen; sie mussten sich wohl oder übel mit dem SED-Regime arrangieren, das dadurch entscheidend gefestigt wurde. Zugleich geriet die Bundesrepublik im westlichen Bündnis unter den Druck von Entspannungsbefürwortern, deren Leitvorstellung eine Befriedung der Beziehungen zur östlichen Seite auf der Grundlage des Status quo war. Demnach erschien der Anspruch auf Wiedervereinigung zunehmend als Störung der europäischen Verhältnisse, die Frieden und Sicherheit beeinträchtigte.

Zudem kam der westdeutschen Seite während der sechziger Jahre immer stärker zu Bewusstsein, dass sie selbst ein ausgeprägtes Interesse an einer Minderung der Spannungen hatte – und zwar nicht nur zwecks Krisen- und Kriegsverhütung. Auch nach Abebben der großen Berlin-Krise 1963 war der Westteil der Stadt latent, zuweilen sogar akut bedroht. Die Führungen der Sowjetunion und der DDR ließen statt der westlichen Präsenz die Bindungen an die Bundesrepublik als Ziel ihrer Angriffe erscheinen und suchten so in den westlichen Hauptstädten den Eindruck des Nichtbetroffenseins hervorzurufen. Weiter waren West-Berlin und Bonn bestrebt, die seit dem Mauerbau extrem eingeschränkten Kontakte zwischen den Deutschen beiderseits der Ost-West-Trennlinie wieder zu erweitern – was nur in einer weniger gespannten Atmosphäre zu erhoffen war. Es setzte daher ein Umdenken ein. Das Ergebnis war die »neue Ostpolitik« ab Herbst 1969.

Das – maßgeblich von Egon Bahr entwickelte – Konzept beruhte auf dem Leitgedanken, dass die Bundesrepublik den Status quo der Zweistaatlichkeit

unter den gegebenen Umständen akzeptieren musste, um West-Berlin zu sichern und die Kontakte zwischen den Menschen in Deutschland zu verbessern. Die Akzeptanz des bestehenden Zustandes durfte aber nicht auf die Preisgabe der Vereinigungsoption hinauslaufen. Das zog einen dreifachen Vorbehalt nach sich. Die Anerkennung der Grenzen durfte nur als Verzicht auf deren gewaltsame, nicht in wechselseitigem Einvernehmen erfolgende Änderung – nicht jedoch als Verzicht auf deren Änderung überhaupt – erfolgen. Die Anerkennung der DDR als des anderen deutschen Staates musste mit einer Regelung verbunden werden, die einen gemeinsamen Bezugspunkt für beide Seiten herstellte. Das war auch im Blick auf West-Berlin notwendig, dem gegenüber die DDR andernfalls keine begründbare Verpflichtung hatte, was vor allem wegen der Zugangsfrage erforderlich war. Schließlich musste gewährleistet sein, dass der Standpunkt, den Deutschen stehe so wie anderen Völkern ein nationales Selbstbestimmungsrecht zu, der Bundesrepublik nicht als »Revanchismus« ausgelegt werden konnte. Natürlich war nicht zu erwarten, dass sich die Führungen in Moskau und Ost-Berlin diese Auffassung zu Eigen machten, aber sie sollten es als eine mit Frieden und Sicherheit vereinbare Haltung hinnehmen, dass Bonn diese Haltung vertrat.

Angesichts der Abhängigkeitsverhältnisse im Osten lag der Schlüssel zu einer solchen Regelung nicht in Ost-Berlin, sondern in Moskau. Daher hatten die Verhandlungen mit der UdSSR zeitlichen Vorrang vor denen mit der DDR. Im Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 setzte die Bundesregierung durch, dass nicht von der »Unverrückbarkeit« der Grenzen in Europa die Rede war, wie der Kreml zuerst gefordert hatte, sondern stattdessen von der »Unverletzlichkeit«. Damit war angedeutet, dass lediglich eine Verletzung der Grenzen, also ein gewaltsamer Eingriff, ausgeschlossen wurde. Eine begleitende Vereinbarung sah vor, dass die UdSSR eine Erklärung der Bundesrepublik hinzunehmen bereit war, der zufolge sich diese das Recht auf Aufrechterhaltung ihres Wiedervereinigungsstandpunkts vorbehielt. Zudem war Gromyko in den Gesprächen mit Bahr zu der Überzeugung gelangt, dass sein Land an den Vier-Mächte-Rechten in Deutschland festhalten müsse, um den Westmächten auf gleicher Ebene gegenüberzutreten zu können. Aus westdeutscher und westlicher Sicht war das positiv. Demnach unterlag nicht nur die Bundesrepublik Souveränitätsbeschränkungen bezüglich Deutschlands als Ganzem und Berlins, sondern auch die DDR war gegenüber den Vier Mächten grundsätzlich in die Pflicht genommen. Auf dieser Basis ließ sich der westliche Standpunkt begründen, dass es nach wie vor einen Vier-Mächte-Bereich über beiden deutschen Staaten gab und dass die DDR das Recht der Westmächte auf Zugang nach West-Berlin zu achten hatte.

Diese Vorstellungen wurden, ohne von der UdSSR ausdrücklich akzeptiert worden zu sein, zur Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971, der innerdeutschen Folgevereinbarungen vom Dezember

1971 und des Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Übereinkünfte vom 8. November 1972. Die SED-Führung sah sich veranlasst, nach dem Willen der Vier Mächte gegenüber West-Berlin Vertragspflichten zu übernehmen und sich in den Verhandlungen mit der westdeutschen Seite auf besondere innerdeutsche Modalitäten einzulassen, die freilich als solche nicht offiziell anerkannt wurden. Ehe es dazu kam, hatte der Kreml wiederholt dem SED-Regime sein Interesse am Zustandekommen der Vereinbarungen deutlich gemacht. Dem lag das Motiv zu Grunde, dass die »Ostverträge« nur als Gesamtpaket Geltung erhalten konnten. Mithin hing das In-Kraft-Treten des Moskauer Vertrages, auf das der Kreml entscheidenden Wert legte, von der gleichzeitigen Regelung der Berlin- und Deutschland-Fragen im Einvernehmen mit der Bundesregierung ab.

Nachdem der Grundlagenvertrag Mitte 1973 in Kraft getreten war, begann zwischen beiden deutschen Staaten eine neue Verhandlungsphase. Soweit nicht bereits im Zusammenhang mit dem Vertrag Einzelvereinbarungen abgeschlossen worden waren, suchte die Bundesregierung den geschaffenen Rahmen durch konkrete Übereinkünfte im Detail auszufüllen. Das betraf neben der Regelung auftauchender Streitfragen (etwa als die DDR die Zwangs-umtauschsätze für Besucher einseitig erhöhte) vor allem weitere Erleichterungen beim Zugang nach West-Berlin und im innerdeutschen Reiseverkehr. Dafür verlangte und erhielt die DDR-Führung regelmäßig erhebliche finanzielle Vorteile. Das Geschäft westdeutsche Zahlungen gegen politische Zugeständnisse, das bereits in den innerdeutschen Folgevereinbarungen zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und bei den Abmachungen zum Grundlagenvertrag eine wesentliche Rolle gespielt hatte, weitete sich immer mehr aus und wurde für das wirtschaftlich zunehmend bedrängte SED-Regime immer wichtiger, zumal die sehr günstigen Energie- und Rohstofflieferungen der UdSSR für die DDR seit Mitte der siebziger Jahre zunächst teurer und dann auch knapper wurden.

In Moskau rief die wachsende Abhängigkeit des ostdeutschen Verbündeten von Bonner Unterstützung Sorge hervor. Mehrfache Warnungen vor den politischen Gefahren, die damit verbunden seien, fruchteten nichts, weil die sowjetische Seite nicht bereit und wohl auch nicht fähig war, die dann entstehende materielle Lücke zu schließen. Daher betrachtete der Kreml das innerdeutsche Verhältnis mit wachsendem Unmut. Das Misstrauen verstärkte sich noch dadurch, dass die DDR-Führung, die der UdSSR sonst alle ihre Politik offen legte, über diesen Punkt kaum Informationen gab. Wie man in Moskau vermutete, gab es da etwas zu verbergen, zumal sowjetische Einsprüche gegen das eine oder andere mit Bonn geplante Vorhaben, von dem man Wind bekommen hatte, nur wenig bewirkten. Wie groß der Argwohn im Kreml war, zeigt die Schaffung der »Gruppe Lutsch«. Das war eine Sondergruppe, die

der Geheimdienst KGB in Ost-Berlin stationierte. Der Name war Programm: Die Gruppe sollte der »Lichtstrahl« (lutsch) sein, der das Dunkel der deutsch-deutschen Machenschaften erhellte.¹

1984 kam es zu einem ersten Höhepunkt in den Spannungen zwischen der DDR und ihrer sowjetischen Schutzmacht. Der Kreml ging nach der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, die als Gegengewicht zu den auf Westeuropa gerichteten SS-20 für notwendig erachtet worden waren, zu einer scharf antibundesdeutschen Politik über. Honecker verweigerte die Gefolgschaft und suchte den durch die Konfrontation entstandenen »Schaden zu begrenzen«, um weiter die von Bonn gebotenen, inzwischen für ihn unverzichtbar gewordenen materiellen Vorteile zu nutzen. Als er diesem Kurs durch einen Besuch in Westdeutschland noch einen zusätzlichen Akzent geben wollte, kam es zum Eklat: Die Führer der UdSSR machten ihm im August heftige Vorwürfe und nötigten ihn zum Verzicht auf die Reise, ohne freilich an seiner Interessenlage und Orientierung Grundlegendes ändern zu können. Sie boten keine Alternative zur ökonomischen Hilfe der Bundesrepublik. Die Diskrepanz zwischen Bündniserfordernis und Wirtschaftsbedarf verschärfte sich weiter, als Gorbatschow in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dazu überging, die – nach erfolgten Preiserhöhungen immer noch günstigen – RGW-Lieferungen auslaufen zu lassen und mit der bisher übernommenen Verantwortung für das SED-Regime Schluss zu machen. Die DDR sollte künftig ihre Probleme selbst lösen. Das bedingte die Zuerkennung einer bis dahin nicht vorstellbaren innenpolitischen Selbstbestimmung und das Ende der Schutzgarantie vor innenpolitischen Herausforderungen, die den kommunistischen Herrschaftsträgern bis dahin gewährt worden war. Zugleich sah sich die DDR 1989/90 in materieller Hinsicht total auf Westdeutschland angewiesen.

Diese Entwicklung kommt in Seidels Buch über die innerdeutschen Verhandlungen nicht zur Sprache. Es ist aber immer wieder von Details die Rede, die diesen Kontext deutlich werden lassen. Der Autor kennt als Akteur des politischen Geschäfts mit der Bundesrepublik – er war Leiter der zuständigen Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und an sehr vielen Gesprächen mit der westdeutschen (und verschiedentlich auch der sowjetischen) Seite beteiligt – die Vorgänge sehr genau. Auf die Anregung, über seine Erfahrungen zu berichten, ging er zunächst trotzdem nicht ein, weil er nicht auf einschlägige Unterlagen zurückgreifen konnte. Erst als Dokumentenbände aus DDR-Archiven, zeitgeschichtliche Darstellungen und Memoiren anderer Beteiligter in größerer Zahl vorlagen, entschloss sich Seidel dazu, sich auch

1 Vgl. die – in der Hauptthese freilich verzerrende – Darstellung von Ralf Georg REUTH/Andreas BÖNTE, *Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam*, München/Zürich 1993, S. 210–214.

seinerseits zu den Vorgängen zu äußern. Der häufige, nicht durch Quellenangaben gekennzeichnete Gebrauch von Fremdmaterial lässt den Leser freilich weithin im Unklaren darüber, ob der Verfasser jeweils aus der Erinnerung oder aus irgendwelchen Unterlagen schöpft. Wer freilich keine wissenschaftlichen Ansprüche stellt, findet den Verlauf der wichtigsten Verhandlungsprozesse in ziemlicher Vollständigkeit dargestellt.

Seidel war in der DDR durch seine Herkunft als echtes Arbeiterkind zu einer mustergültigen Karriere prädestiniert, da er es gleichzeitig weder an geistigen Fähigkeiten noch an politischer Konformität fehlen ließ. Seine Ausführungen lassen nicht nur Stolz auf den gelungenen sozialen Aufstieg erkennen, sondern auch immerwährende Dankbarkeit gegenüber dem SED-Staat, der ihm diese Chance bot, die ihm unter anderen Umständen kaum zuteil geworden wäre. Eine politische Verbundenheit mit der DDR und eine selbstverständliche Identifikation mit ihr und ihren Zielen sind die Folge. Gelegentliche Kritik an Einzelheiten schmälert das Engagement nicht, das nicht selten mit einer forschen, wenig reflektierten Parteinahme gegen die Bundesrepublik und ihre Positionen verknüpft ist. Da ist etwa wiederholt von »barem Unsinn« die Rede, wenn es um die Unterscheidung zwischen staats- und völkerrechtlichen Beziehungen geht, mit der die Bundesregierung den – von der SED-Führung prinzipiell abgelehnten, im Blick auf die Vorteile des innerdeutschen Handels aber gerne praktisch in Anspruch genommenen – Sondercharakter des beiderseitigen Verhältnisses begründete. Demnach war es vernunftwidrig, noch irgendetwas neben der Koexistenz der zwei Staaten gelten zu lassen. Die Annahme einer beide verbindenden Gemeinsamkeit, die Bindungen staatsrechtlicher Art erlaubte, gilt von vornherein als absurd. Seidel erhebt in diesem Zusammenhang den Vorwurf eines systematischen Rechtsbruchs der westdeutschen Seite, ohne dem Leser deren Argumentation zu erläutern. Entgegen diesem politisch-moralischen Verdikt räumt er freilich anderswo ein, dass die trotz aller Systemgegensätze gepflegte praktische Zusammenarbeit, die weit über das zwischenstaatlich Übliche hinausging, in der Tat etwas »Besonderes« war.

Seidel bejaht alle Schritte, die dem Schutz der DDR vor Einflüssen aus der Bundesrepublik dienten. Er stimmt Chruschtschows Versuch von 1958 zu, West-Berlin als »Freie Stadt« dem östlichen Machtbereich einzufügen, weil es nach seiner Ansicht nicht anging, dass die offene Grenze jedem Besucher aus dem Osten ein »Schaufenster des Kapitalismus« vor Augen führte und ihm so die Überlegenheit des westlichen Systems bewusst machte. Darin habe eine »ständige Existenzbedrohung für die DDR« gelegen, der man ein Ende habe setzen müssen (S. 46f.). Aus der projektierten großen Lösung, die unter anderem West-Berlin und seine Zugangswege der Kontrolle durch die DDR überantworten sollte, wurde dann zwar nichts, doch kam es 1961 zum Bau der Berliner Mauer, der ausdrücklich als »unumgänglich« bezeichnet wird. Zwar räumt der Autor ein, dass der Schritt eine politisch-moralische »Nieder-

lage« war, aber er sieht keinen anderen Weg, welcher der DDR eine Existenz von wenigstens noch weiteren 28 Jahren ermöglichte. Wenn zuvor der separate Friedensvertrag von UdSSR und DDR (auf dessen Grundlage anschließend die Regelung für West-Berlin durchgesetzt werden sollte) immer nur angekündigt worden sei, habe das zu einer »Fluchthysterie« geführt. Demnach war es also nicht so sehr das ostdeutsche Gesellschafts- und Herrschaftssystem selbst, das die massenhafte Abwanderung auslöste, sondern eine Politik, welche die Schließung der offenen Grenze durch Kontrolle aller Verbindungen der Inselstadt zur Außenwelt zwar vorsah, aber nicht realisierte. Dem musste unbedingt ein Ende gemacht werden, um den Sozialismus zu retten (S. 47f.).

Seidel macht einen Unterschied zwischen dem notwendigen Mauerbau an sich und seiner missratenen Ausführung: Die »Herstellung der Kontrolle über die gesamte Staatsgrenze der DDR« gilt ihm als legitim, während das »konkrete Grenzregime« eine Verletzung der Menschenrechte und mithin »antisozialistisch« gewesen sei (49f.). Die Frage, ob die Mauer angesichts der vielen Grenzdurchbrüche, die in den ersten Wochen und Monaten die Sperrwirkung erheblich beeinträchtigten, überhaupt mit anderen Mitteln als denen brutaler Gewalt zu »sichern« war, wird nicht gestellt. Wie es scheint, hält Seidel den Sozialismus sowjetischer Machart für eine Staats- und Gesellschaftsordnung, welche die Menschenrechte grundsätzlich zu ihrer Sache machte. Dass er ohne Zwangsgewalt nicht auskam, will ihm nicht in den Kopf. Die Auffassung, das System der DDR sei, wie die Propaganda behauptete, an Werten der Humanität orientiert gewesen, kommt auch in der Kritik am Menschenfreikauf seit Anfang der sechziger Jahre zum Ausdruck. Das »Kopfgeld« wird verurteilt als »unwürdige Praxis, die eigenen Bürger zu verkaufen«. Damit sei auch die Staatsbürgerschaftsthese der DDR unterlaufen und der »BRD-These von der ›Obhutspflicht für alle Deutschen‹ Vorschub geleistet worden (S. 171–174).

Seidel hält die Klage des Freistaates Bayern beim Bundesverfassungsgericht, der zufolge der Grundlagenvertrag gegen den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes verstieß und in deren Folge die Bundesrepublik auf eine Vertragsinterpretation festgelegt wurde, die jede Beeinträchtigung für diesen Auftrag ausschloss, für eine schwerwiegende »Irritation« in den Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und spricht von dem »berühmt-berüchtigten Urteil«. Die darin getroffene Feststellung, die Bundesrepublik sei identisch mit dem früheren Deutschen Reich, und die daraus abgeleitete Folgerung, der Grundlagenvertrag sei nicht als in Widerspruch zur Präambel des Grundgesetzes stehendes Teilungsabkommen anzusehen, verstößt nach seiner Ansicht gegen alle Logik und Billigkeit. Wie er implizit andeutet, konnte vernünftiger- und gerechterweise nur von einer endgültigen Besiegelung der deutschen Zweistaatlichkeit die Rede sein, welche die DDR in keinen übergreifenden politischen Kontext mehr einfügte (S. 178–181). Die – gegen vorangegangene Absprachen verstoßende (was unerwähnt bleibt) – Erhöhung des

Zwangsumtauschs für DDR-Besucher vom 5. November 1973 hält er für gerechtfertigt; sie habe zudem »weit eher ökonomische als politische Gründe« gehabt. Dass sich die Bundesregierung dagegen mit einiger Heftigkeit wandte, ist für ihn »ein starkes Stück« (S. 182).

Der Streit um die NATO-Nachrüstung Anfang der achtziger Jahre bringt den Autor – so wie seinerzeit die SED-Führung – in einen Zwiespalt. Zum einen stellt er sich auf die Seite der UdSSR und meint, dass die Stationierung der sowjetischen SS-20 für den Westen lediglich ein »Vorwand« gewesen sei, »das Wettrüsten zu forcieren«. Zum anderen aber sieht er sich bewogen zu erläutern, wieso Honecker nach Dislozierung der Gegenraketen in der Bundesrepublik nicht dem Blockadekurs des Kreml gegen Bonn folgte. Wie auch in anderen Fällen ähnlicher Art hilft hier die These, dass die Schuld gleichmäßig bei den streitenden Seiten in Ost und West zu suchen sei: »An die Stelle politischer Vernunft trat immer mehr die Torheit der Regierenden, man könne militärische Überlegenheit über die andere Seite erlangen« (S. 230). Die Tatsache, dass der massive einseitige SS-20-Aufwuchs in Westeuropa als Gefahr für die »Aufrechterhaltung der wechselseitigen Abschreckung« und damit als Gefahr künftigen Erpressbarseins empfunden wurde, bleibt genauso unberücksichtigt wie der Umstand, dass die NATO den Verlust ihrer Abschreckungsfähigkeit mit weit schwächeren, die UdSSR möglichst wenig bedrohenden Minimalkapazitäten zu verhindern suchte.² Das von Seidel als Rechtfertigung angeführte Motiv war freilich gar nicht der Grund für den Ost-Berliner Dissens mit Moskau. Wie anschließend festgestellt wird, war es für die DDR »nachgerade eine Frage des ökonomischen Überlebens, den Faden zur BRD nicht abreißen zu lassen« (S. 230).

Ungeachtet der zuweilen sehr eifrigen Parteinahme für das SED-Regime und seine Politik, argumentiert Seidel – von Spekulationen über die Frühzeit von SBZ und DDR abgesehen – im Wesentlichen sachbezogen und bietet daher in der Regel brauchbare Informationen. Nicht nur an der Aufrichtigkeit, sondern auch an der Fundiertheit der den deutsch-deutschen Verhandlungen gewidmeten Darstellung besteht kein Zweifel. Dem Leser eröffnen sich gelegentlich neue Einsichten. Die Bemerkung, es gebe »keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Anerkennung und Respektierung der Staatsbürgerschaft eines Staates« (S. 41), zeigt deutlich, was die ostdeutsche Seite 1987 unter der Zusage der SPD-Führung verstand, sie wolle nach einem Sieg ihres Kanzlerkandidaten Rau die Staatsbürgerschaft der DDR »voll respektieren« (S. 321–323). Seidel stellt auch heraus, dass Ulbricht nach Bildung der sozialliberalen Regierung in Bonn im Herbst 1969 bereit war, sich auf deren »neue Ostpolitik«

2 Siehe hierzu die Beiträge in: Erhard FORNDRAN/Gert KRELL (Hg.), *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*, Baden-Baden 1984.

einzulassen, und dass die damaligen Ost-Berliner Verlautbarungen, die im Westen den gegenteiligen Eindruck hervorriefen, auf innerparteiliche Opponenten und den Kreml zurückzuführen waren (S. 62–73).

Breshnew war zunächst noch gegen Verhandlungen mit Bonn, während der SED-Chef die Chance einer Annäherung an die SPD sah und nutzen wollte. Im Februar 1970 wendete sich in Moskau der Kurs gegenüber der Bundesregierung zum Positiven (S. 76). Wenn Ulbricht gleichwohl für die Gespräche mit Brandt in Erfurt und Kassel unannehmbar Maximalforderungen vorsah, dann waren dafür taktische Überlegungen maßgebend. Nach Seidel setzte die spontane Massendemonstration für den Bundeskanzler in Erfurt der Bereitschaft zu anschließendem Entgegenkommen vorerst ein Ende. Zunächst sollte erst einmal die Ordnung im eigenen Haus (so wie die SED-Führung sie verstand) hergestellt werden (S. 75–87). Nach Kenntnis des Autors wurde Breshnew erst durch seine Gespräche mit Brandt auf der Krim im Herbst 1970 dazu bewogen, seine »zweispaltige Haltung« in der Frage der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik aufzugeben und auf das Verlangen nach deren völkerrechtlichen Form zu verzichten (S. 88–101). Damit war eine unerlässliche Voraussetzung für den Abschluss des Grundlagenvertrags geschaffen worden. Insgesamt ist Seidels Buch für Leser mit Vorkenntnissen zu empfehlen, die ihr Bild von den Geschehnissen vervollständigen wollen und zugleich hinreichend kritikfähig sind, um DDR-bedingte Verzerrungen zu erkennen und zu korrigieren.

In den sechziger und siebziger Jahren hatte Bahr als »Architekt der neuen Ostpolitik« eine Entwicklung ins Auge gefasst, die schließlich dadurch zur Lösung der deutschen Frage führen sollte, dass es zu immer weiter gehender Entfeindung und Annäherung von Ost und West kommen würde. Nach einer Entspannungsphase, die durch die Verträge der Bundesrepublik mit den sozialistischen Staaten 1970–1973 und die den Rüstungskontrollabkommen von USA und UdSSR eingeleitet worden war, geschah jedoch genau das Gegenteil. Der erwähnte Streit um die SS-20 und die – im Falle deren weiteren Aufwuchses zu ergreifenden – westlichen Gegenmaßnahmen ließ Bahr und andere in der SPD die mühsam erzielte Übereinkunft mit dem Osten und damit die Zukunft der innerdeutschen Entspannung und des dabei erreichten Vertragsstandes bedroht erscheinen. Eine neuerliche Konfrontation war demnach unbedingt zu verhindern. Für die Sorge der westeuropäischen Regierungen, die sowjetische Führung könne den europäischen Teil der NATO durch einseitig erworbene »euro-strategische« Fähigkeiten von den USA abkoppeln und eine politisch instrumentierbare Überlegenheit gewinnen, hatten sie kein Verständnis. Ihnen galt das Bemühen, das Problem der SS-20 notfalls auch mittels »Nachrüstung« zu lösen, als Politik sinnlosen Wettrüstens.

Nachdem auf Drängen vor allem von Bundeskanzler Schmidt und des britischen Labour-Premiers Callaghan das atlantische Bündnis und dessen – zunächst unwillig reagierende – amerikanische Führungsmacht das Problem der nuklearstrategischen Bedrohung Westeuropas auf die politische Tagesordnung gesetzt hatten, richteten Bahr und seine Gesinnungsgenossen in der SPD ihre Vorwürfe an die westliche Adresse. Die UdSSR, die im Stillen gehandelt, aber kein Aufheben davon gemacht hatte, wurde dagegen kaum ins Visier genommen. Schmidts innerparteiliche Gegner forderten, die politische Entspannung (die mit den Ostverträgen erreicht schien) müsse durch eine »militärische Entspannung« ergänzt und gesichert werden. Eine »zweite Ostpolitik« sei nötig. Anders als bei der »ersten Ostpolitik« schien nun keine Solidarität mehr mit den Verbündeten angebracht; auf den Rückhalt von NATO und USA in Verhandlungen mit der östlichen Seite wurde von vornherein verzichtet, denn der Kreml bekannte sich ja schon zur »militärischen Entspannung« (die vermeintlich eine Hinnahme der SS-20 ohne Gegenmaßnahmen erforderte). Diese Ausgangslage ließ Bahr und die anderen Opponenten in der SPD den Schluss ziehen, man müsse sich in der Sicherheitsfrage mit der UdSSR gegen die westliche Politik solidarisieren.

Nach Bahrs Ansicht sollten Ost und West ihre »gemeinsame Sicherheit« wahren und zur Abwehr der Nuklearkriegsgefahr eine »Sicherheitspartnerschaft« miteinander eingehen. Dabei ging er vom westlichen Abschreckungsgedanken aus, dass der Besitz von Kernwaffen einen militärischen Konflikt verbiete und leitete daraus den Schluss ab, dass beide Seiten in der Verhütung des Krieges unter allen Umständen ihr gemeinsames Interesse sähen. Dabei blieb außer Betracht, dass der Kreml die Abschreckungsvorstellung grundsätzlich ablehnte und nicht bereit war, auf die Fähigkeit zum Führen eines Krieges mit der Aussicht auf Sieg zu verzichten.³ Gleichwohl hielt er es für angebracht, Bahr und seine Gesinnungsgenossen durch eine nur mit kleinerem Vorbehalt versehene Zustimmung⁴ zu ermutigen, um den politischen Rückhalt der NATO im Westen zu schwächen und der Nachrüstung durch Stärkung ihrer Gegner im entscheidenden Stationierungsland Bundesrepublik die Grundlage zu entziehen. Tatsächlich gelang es den innerparteilichen Opponenten Schmidts, in der SPD die Oberhand zu gewinnen. Der Bundeskanzler verlor damit seine parlamentarische Basis. Eine neue, von der CDU/CSU geführte Regierung kam ins Amt und setzte die Nachrüstung gegen alle Widerstände durch.

3 Dazu im einzelnen Gerhard WETTIG, *Umstrittene Sicherheit. Friedenswahrung und Rüstungsbegrenzung in Europa*, [West-]Berlin 1982.

4 *Der Palme-Bericht*. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit »Common Security«, [West-]Berlin 1982.

Die in die Opposition verwiesenen Sozialdemokraten suchten die Macht zurückzugewinnen, indem sie sich um eine überzeugende Alternative zur Sicherheitspolitik der Regierung Kohl-Genscher bemühten, um sich der Bevölkerung als Garanten des angeblich tödlich bedrohten Friedens zu empfehlen. Zu diesem Zweck nahmen sie Kontakt zur SED und zu anderen kommunistischen Parteien des sowjetischen Machtbereichs auf. Das war ein Novum: Bei der »ersten Ostpolitik« war es zwar um bessere zwischenstaatliche Beziehungen gegangen, aber der prinzipielle Gegensatz zwischen westlicher Demokratie und östlicher Diktatur war nicht in Frage gestellt worden. Eine Annäherung der Sozialdemokraten an die Kommunisten hatte daher nicht zur Diskussion gestanden, obwohl die politische Strategie des Kreml seit den ausgehenden sechziger Jahren die Bildung einer gemeinsamen Front vorsah. Nunmehr gab die SPD ihren Vorbehalt dagegen auf. Der Kurswechsel fand konkreten Ausdruck in gemeinsam von beiden »Arbeiterparteien« gebildeten Arbeitsgruppen, die den Auftrag erhielten, sicherheitspolitische Konzepte mit antiatlantischer Zielrichtung auszuarbeiten. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit als Entwürfe für künftige Verträge zwischen der Bundesrepublik und den östlichen Ländern präsentiert, um so den Eindruck hervorzurufen, dass es sich um bereits perfekt ausgearbeitete Regelungen handele. Zusammen mit der SED, deren Führung alle Fragen mit dem Kreml vorbesprach, formulierte die SPD Vereinbarungen über eine »chemiewaffenfreie Zone« in Europa (Juni 1985) sowie einen »atomwaffenfreien Korridor« (Oktober 1986) und eine »Zone des Vertrauens und der Sicherheit« (Juli 1988) in der Mitte des Kontinents. Über weitere sicherheitspolitische Themen wurde in Beratungen der westdeutschen Sozialdemokraten mit den kommunistischen Parteien der UdSSR, Polens und Ungarns Einvernehmen erzielt.⁵

Die Zusammenarbeit reichte über die Sicherheitspolitik hinaus. Ihr Ausgangspunkt war das gemeinsame Interesse daran, die von Kohl und Genscher vertretene NATO-Politik als friedenswidrig zu erweisen und damit die Voraussetzung für die Ablösung der Bundesregierung zu schaffen. Zugleich attestierte die SPD den Machthabern im Osten jenes Engagement für den Frieden, das sie dem westlichen Bündnis und den Verfechtern seiner Politik in der Bundesrepublik absprachen. Im Interesse des Friedens und der Sicherheit erklärte sie eine Stabilisierung der bestehenden östlichen Verhältnisse für notwendig. Es galt demnach, den Schulterchluss mit den Machthabern in Osteuropa zu suchen und die aufbegehrenden Kräften in den sozialistischen Ländern abzuwehren. Nur von oben werde sich die dortige Staats- und Gesellschaftsordnung in demokratischem Sinne ändern können. Regungen von unten dagegen seien nicht nur zwecklos, sondern provozierten auch Gewalt und ge-

5 Nähere Angaben bei Frank FISCHER, »Im deutschen Interesse«. *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum 2001.

fährdeten den internationalen Frieden. Dem lag die Prämisse zu Grunde, das sozialistische System sei fest gegründet und durchaus reformfähig. Mithin könne man mit einer allmählichen Hinwendung der Kommunisten zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie rechnen.

Vor dem Hintergrund dieser Annahmen und Erwartungen entschloss sich die Führung der SPD dazu, in einen Dialog mit der SED über grundsätzliche Gemeinsamkeiten einzutreten. In diesem Rahmen könne man dann Regeln für die Austragung von Differenzen finden. Das stieß in Ost-Berlin zunächst auf Bedenken. Man war zwar prinzipiell gerne zu Diskussionen bereit, weil man an Annäherung und Bündnisbildung mit den westdeutschen Sozialdemokraten interessiert war, hatte aber Schwierigkeiten mit dem Vorschlag, einen herrschaftsfreien Ideen- und Meinungsaustausch zu institutionalisieren. Dieser Teilbereich der »zweiten Ostpolitik« ist der Untersuchungsgegenstand der Bücher von Erich Hahn und Rolf Reißig. Wie der Delegationsleiter, der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Otto Reinhold, nahm Hahn auf Seiten der SED an allen sieben Sitzungen der Gespräche teil, die mit der Grundwertekommission der SPD unter Leitung von Erhard Eppler geführt wurden. Er stützt sich auf persönliche Notizen während der Gespräche, auf die Aufzeichnungen eines anderen ostdeutschen Teilnehmers, auf die Niederschrift von Egon Krenz über die einschlägige Diskussion im Politbüro und auf zahlreiche Hinweise beteiligter östlicher Akteure. Reißigs Darstellung liegen die Mitwirkungserfahrungen bei vier Sitzungen, eine systematische Auswertung der Unterlagen in den Archiven und die Aussagen der noch lebenden Teilnehmer des Parteiendialogs und weiterer Zeitzeugen zu Grunde. Beide Autoren verwenden neben den publizistischen Quellen die verschiedenen Diskussionspapiere. Da auf Protokolle verzichtet wurde, war kein Rückgriff auf genaue Wiedergaben der gemachten Äußerungen möglich.

Reißig hebt zu Recht hervor, dass die – von Erhard Eppler angestoßenen – Gespräche zwischen SPD und SED im Zeichen der »zweiten Ostpolitik« anderen Charakter hatten als die Verhandlungen, die auf der Basis des Grundlagenvertrages geführt wurden. Es ging nicht um praktische Vereinbarungen zwischen Staaten, sondern um den Dialog zweier Parteien, die unterschiedlichen Leit- und Wertvorstellungen verpflichtet waren und diese zum Thema einer Auseinandersetzung machten. Das Ziel war zwar nicht unbedingt eine Einigung, wohl aber Verständnis und Akzeptanz füreinander. Vor allem grundlegende Fragen der Sicherheit und der Systemausrichtung standen zur Erörterung (S. 31f.). Nach Reißigs Ansicht war das ein »Experiment mit offenem Ausgang«, wobei das größere Risiko bei der SED gelegen habe (S. 27). Zugleich werden die Intensität und Vielfalt der – auch anderweitig gepflegten – Kontakte betont. Als Gesamtergebnis sei ein ganzes, das Maß der üblichen Kooperation zwischen Parteien weit hinter sich lassendes »Netzwerk der Zusammenarbeit« entstanden, das die SPD nicht allein mit der SED, sondern auch

mit den anderen kommunistischen Staatsparteien des sowjetischen Imperiums verband (S. 41f.). Hahn und Reißig sehen darin eine große Errungenschaft der Bemühungen und sind darüber enttäuscht, dass die Sozialdemokraten weithin heute nichts mehr von der damaligen politischen Nähe wissen wollen.

Die Vertreter der SPD stellten in den Gesprächen das Interesse an gemeinsamen Initiativen zur Sicherung des Friedens, zur Förderung der Abrüstung und zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten in den Vordergrund. Das schloss nach ihrer Ansicht den politisch-gesellschaftlichen Wandel auf beiden Seiten nicht aus, sondern bedingte ihn sogar. Da sie glaubten, dass Veränderungen im kommunistischen Machtbereich Stabilität in dessen Innern voraussetzten, nahmen sie gegen alles Stellung, was einer Destabilisierung des östlichen Systems und der darauf gegründeten Herrschaft Vorschub leisten konnte. Ihre Hoffnung, das ostdeutsche Regime sei zu grundlegenden Reformen fähig und willens, war nach Reißig so groß, dass der SPD-Vorsitzende Brandt im Blick auf eine fernere Zukunft intern die Frage stellte, ob Sozialdemokraten und Kommunisten denn dauernd getrennte Wege gehen müssten (S. 43f.). Demgegenüber kam für die SED-Führung ein Ende der ideologischen Gegnerschaft von vornherein nicht in Betracht (S. 90f.). Alle Hoffnungen in SPD-Kreisen, die Abgrenzungsschwelle könnte niedriger werden und eines Tages vielleicht ganz verschwinden, erwies sich als unbegründet. Es ging der Ost-Berliner Spitze – anders als manchem SED-Teilnehmer des Dialogs – vor allem um eine Aktionseinheit gegen die Regierung in Bonn. Wie insbesondere die bei Hahn dokumentierte Erörterung im Politbüro (S. 209–216) deutlich macht, sahen die kommunistischen Führer die Gespräche mit der SPD wesentlich in diesem Licht. Nur so ist zu erklären, dass das Ergebnis, das Papier »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« (das in beiden Büchern abgedruckt ist), ungeachtet seiner brisanten Implikationen – wie der Infragestellung des geltenden Feindbildes und des Anspruchs auf alleinigen Wahrheitsbesitz – im Ost-Berliner Politbüro ohne Widerstand gebilligt wurde und erst nach dem Einsetzen unerwünschter innerparteilicher Diskussionen auf Einwände stieß.

Die Sozialdemokraten erlitten Schiffbruch mit dem Versuch, ein enges Einvernehmen mit der SED-Führung in den Fragen von Sicherheit und Frieden herzustellen, ohne dass die – vermeintlich nur zunächst noch bestehenden – ideologischen Differenzen hindernd ins Spiel kommen sollten. Die kommunistische Spitze der DDR war, wie Reißig zeigt, an sicherheitspolitische Vereinbarungen zum Schaden der NATO und an einer gesamtdeutschen »Koalition der Vernunft« zwischen beiden Weltmächten interessiert (S. 91f., 93f.). Es ging ihr um einen antiatlantischen Konsens mit den als künftige Regierungspartei betrachteten Sozialdemokraten und in der Folge auch um vermehrte wirtschaftliche Vorteile aus dem Bonner Füllhorn. Vor allem unter dem zweiten Blickwinkel war es folgerichtig, dass sie, wie bei Reißig ebenfalls zu

lesen ist, dem Kreml keinen Einblick in den Parteiendialog gab, während sie die Beratungen mit der SPD in den sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen genauestens mit der sowjetischen Seite abstimmte (S. 307). Es erstaunt darum nicht, dass, wie Hahn deutlich macht, der Kreml diesen Bereich des Sonderverhältnisses der SED zu den westdeutschen Sozialdemokraten mit Misstrauen beobachtete (S. 208f.).

Die im Dialog befindlichen Personen kamen sich freilich viel näher, als die Spitze in Ost-Berlin wünschte. Das lag vor allem daran, dass die Vertreter der ostdeutschen Seite so wie ihre Gesprächspartner aus dem Westen Intellektuelle waren, die in den achtziger Jahren ideologisch weniger festgelegt waren als ihre Führung. Nachdem Honecker, der kaum die grundsätzlichen Implikationen der vorgesehenen Themen ermessen haben dürfte, dem Dialog durch einen Politbürobeschluss freie Bahn verschafft hatte, waren die SED-Vertreter keiner genauen Aufsicht unterworfen und konnten daher ihre Linie weithin nach eigenem Ermessen gestalten. Sie mussten zwar über jede Sitzung mit Berichten Rechenschaft ablegen, konnten aber heikle Punkte hinter unverfänglich klingenden Formulierung verstecken und zudem darauf bauen, dass die einzelnen Fragen bei den Parteioberebenen weder auf großes Interesse noch genaues Verständnis stießen. Die östlichen »Dialogakteure«, wie Reißig sie an einer Stelle nennt, glaubten, auch wenn ihnen die Nötigung zu großer Vorsicht die Grenzen ihres Einflusses beständig vor Augen führte, zuversichtlich an die Chance, auf die Entwicklung ihrer Partei durch Ergebnisse des Gesprächs mit der SPD einwirken zu können. Sie suchten einer neuen, überlebte Festlegungen hinter sich lassenden Orientierung den Weg zu bereiten. Daher überrascht es nicht, dass ihre sozialdemokratischen Gesprächspartner den Eindruck einer Ost-Berliner Reformbereitschaft erhielten, der den Realitäten nicht entsprach.

Die SED-Vertreter revidierten etwa das hergebrachte Konzept der »friedlichen Koexistenz«. Sie sahen darin nicht mehr eine spezifische, den Bedingungen des nuklearen Zeitalters angepasste Form des internationalen, im Westen auch innerstaatlich-subversiv zu führenden »Klassenkampfes«, sondern einen generell friedlichen Wettstreit der Systeme. Die Anregung der SPD, eine machtfreie »Streitkultur« zu entwickeln, bereitete zwar den ostdeutschen Gesprächspartnern anfänglich Kopfschmerzen, wurde aber dann von ihnen akzeptiert. Mit vollem Recht konnte die SPD daher das 1987 beschlossene gemeinsame Dokument, das diesen Punkt ins Zentrum rückte, als Erfolg verbuchen, wenn sie dessen Postulate als Beschreibung der SED-Haltung auffasste. Tatsächlich jedoch handelte es sich, wie Reißig deutlich macht, nur um Absichtserklärungen, die erst durch noch ausstehendes – und dann niemals realisiertes – Handeln Wirklichkeit werden konnten (S. 106). Trotz der Billigung des Abschlussdokuments durch das Politbüro zeigte sich die SED-Führung anschließend nicht gewillt, den Worten Taten folgen zu lassen (S. 325–333). Die Ost-Berliner Parteiführung hielt starr an den alten Leitlinien und der bis-

herigen Herrschaftspraxis fest; die »Friedensfrage« war für sie weiterhin das einzige »einigende Band«, das sie mit der SPD zusammenführte (S. 337). Aber auch hinsichtlich der unmittelbaren Gesprächspartner auf Seiten der SED waren die Erwartungen überzogen. Wie Hahn deutlich macht, ging es auch ihm und seinen Kollegen darum, einen gemeinsamen Kurs speziell mit den Sozialdemokraten zu formulieren. Dass diese sich, wie sie später erfuhren, bei Darlegung ihrer Standpunkte als Vertreter der westlichen Demokratie insgesamt fühlten, wurde mit Enttäuschung vermerkt (S. 221). Das oberste Ziel war nicht ein geistiger *Modus vivendi* mit dem Westen überhaupt, sondern der Frontwechsel von dessen sozialdemokratischem Teil.

Als sich im Frühjahr 1989 der Sturm über Ostdeutschland zusammenbraute, musste die SPD von der Hoffnung Abschied nehmen, dass sich die Verhältnisse in der DDR durch Dialog und Reform in demokratischer Richtung normalisieren und stabilisieren würden (S. 334). Obwohl die SED-Spitze den Inhalt des Dialogdokuments faktisch ignorierte und teilweise sogar offen ablehnte, war aber die Arbeit daran nicht umsonst. Das Papier war bei seiner Verabschiedung im Zentralorgan »Neues Deutschland« voll abgedruckt worden und wurde danach von den Parteimitgliedern aufmerksam gelesen. Nach Reißigs Zeugnis ermutigten seine Aussagen alle, die mit der Politik der Honecker-Führung unzufrieden waren und kommunistische Reformen wünschten (S. 335f.). Somit erreichte die SPD genau das Gegenteil dessen, was sie gewollt hatte: Das SED-Regime wurde durch den Grundsatzfragendialog nicht gefestigt und erneuert, sondern ansatzweise destabilisiert. Die Gärung, die auf Grund der Stagnation und der Misere im Innern und angesichts des – im Zuge von Perestrojka und neuem Denken immer deutlicher hervortretenden – ideologischen Dissenses mit der UdSSR (die doch stets als leuchtendes Vorbild und oberste Lehrautorität gegolten hatte) in den Reihen der Partei einsetzte, wurde durch das SPD-SED-Dokument verstärkt, das unverkennbar mit amtlicher Zustimmung neue Positionen formuliert hatte. Ganz gegen ihre Absicht, das ostdeutsche Regime behutsam auf den Weg stabilisierender Veränderungen zu bringen, leisteten die Sozialdemokraten einen – wenn auch nur relativ kleinen – Beitrag dazu, dass sich Kommunisten in der DDR vielfach nicht dem Wandel verschlossen, der sich gegen den Willen ihrer Führung vollzog. Der Verlauf des Parteiendialogs und die Rezeption seines Ergebnisses durch Teile der SED zeugt freilich umgekehrt auch davon, dass – ein untrügliches Vorzeichen des herannahenden Umbruchs – die Kader kaum noch die motivierende Kraft der offiziellen Ideologie verspürten.

Hahn und Reißig waren zwar am Grundsatzfragendialog von SPD und SED als Vertreter der östlichen Seite beteiligt, doch legen sie Darstellungen vor, die nicht nur sehr informativ sind, sondern auch in aller Regel den Kriterien sachlicher Geschichtsschreibung entsprechen. Anders als Seidel machen sie zudem klar, auf welchen Quellen ihre Darlegungen fußen. Es geht ihnen auch

nicht darum, dem Leser ihre Sicht auszudrücken. Hahn erörtert abschließend die verschiedenen Blickwinkel, unter denen der SPD-SED-Dialog betrachtet wird (S. 196–261); Reißig stellt dessen gegensätzlichen Bewertungen in der Literatur einander gegenüber (S. 365–373). In einer Hinsicht schlägt jedoch eine Vorausüberzeugung durch, die zu Skepsis Anlass gibt: Das System der DDR, so ist zu entnehmen, war grundsätzlich reformfähig; nur der Starrsinn Honeckers verhinderte den notwendigen Wandel. Die kritische Frage, ob nicht systembedingte Machtstrukturen und damit verbundene Status-quo-Interessen von Herrschaftsträgern notwendigerweise jeder Reformabsicht unüberwindliche Hindernisse in den Weg legten, wird nicht gestellt. Lässt sich kommunistische Herrschaft umbruchslos durch Reformen von oben in ein funktionsfähiges, irgendwie auf demokratischen Grundsätzen beruhendes Gemeinwesen verwandeln, wie die SPD damals glaubte und wie Hahn und Reißig immer noch meinen? Der gescheiterte Versuch Gorbatschows zeigt, welche enormen Probleme dabei auftreten.